

## Alarmkalenderbeauftragter (m/w/d)



**Dienstort**  
Essenbach



**Anstellung**  
Vollzeit



**Beginn**  
frühstmöglich



**Vergütung**  
nach TVöD



**Befristung**  
unbefristet



**Bewerbung**  
bis zum 22.02.26

„Wohlfühlen mitten in Bayern“ - das gilt im **Landkreis Landshut** nicht nur für den Wohnort, sondern auch für den Landkreis als Arbeitgeber. Wir verstehen uns als kundenorientierter Dienstleister für die rund 162.000 Einwohner in den 35 Städten, Märkten und Gemeinden des Landkreises Landshut.

Im Sachgebiet 31 – Brand- und Katastrophenschutz – übernehmen Sie als Sachbearbeiter (m/w/d) die Aufgaben des Alarmkalenderbeauftragten (m/w/d).

Die Stelle ist unbefristet in Vollzeit zu besetzen.

### So können Sie bei uns etwas bewegen

- Beratung und Koordination der Umsetzung „Zivile Alarmplanung“ (ZAP) innerhalb der Behörde
- Erstellung, Führung und Fortschreibung des Alarmkalenders /-plans unter Beteiligung der fachlich verantwortlichen Organisationseinheiten entsprechend der „Zivilen Alarmplan-Richtlinie“ (ZAPRL)
- Umsetzung der ZAPRL im Landratsamt Landshut und der nachgeordneten Bereiche
- Beratung der Behördenleitung in Fragen der zivilen Alarmplanung
- Weitergabe von Fachwissen und Übernahme einer fachlichen Schlüsselrolle
- Steuerung der Umsetzung der ZAP-Alarme im Alarmfall

### Das bringen Sie mit

- Laufbahnbefähigung für die dritte Qualifikationsebene der Fachlaufbahn „Verwaltung und Finanzen“, eine erfolgreich abgeschlossene Ausbildung als Verwaltungsfachwirt (m/w/d) (Fachprüfung II), ein abgeschlossenes vergleichbares Studium (z. B. Bachelor of Laws, 1. Juristisches Staatsexamen) oder ein anderweitiges Studium z. B. aus den Bereichen
- Katastrophenschutzmanagement, Sicherheit und Resilienz, etc.
- mehrjährige Berufserfahrung in der öffentlichen Verwaltung wünschenswert
- Strukturverständnis über behördeninterne Aufbau- und Ablauforganisation und behördenübergreifende Zusammenarbeit
- Grundkenntnis des Konzeptes „Gesamtverteidigung“ sowie der Zivilen Verteidigung einschließlich der einschlägigen Sicherstellungs- und Vorsorgegesetze

